

Dunkelhäutige Mutter flieht vor jungen Nazis

Mutter kapituliert vor den Attacken rechter Jugendlicher. Buttenwiesens Bürgermeister Norbert Beutmüller hofft: „Das ist sicher nur ein Einzelfall“.

Es klingt wie ein Alptraum: Eine Horde Jugendlicher, die sich vor einem Haus versammelt und rechtsradikale Parolen skandiert, massive Bedrohungen und schließlich Eier- und Steinwürfe. Für eine Mutter von zwei Töchtern wurde dieses Szenario zur grausamen Realität im sonst so beschaulichen Dorf Unterthürheim.



•
•

Die friedliche Idylle täuscht. In diesem Haus wurde eine junge, dunkelhäutige Frau Opfer von Anfeindungen durch rechtsradikale Jugendliche. In Folge zog sie weg, jetzt herrscht Entsetzen über die Taten bei der Bevölkerung. Foto: Florian Winkler-Ohm

Foto: Florian Winkler-Ohm

Die Ereignisse reichen bis ins Frühjahr 2011 zurück. Damals waren etwa 15 Jugendliche vor das Haus der 33-Jährigen gezogen, in dem sie mit ihren beiden Töchtern zur Miete wohnte. Dort skandierte die Rotte unter anderem „Sieg Heil!“, „Ausländer raus!“ und reckten den rechten Arm zum „Hitlergruß“. Die Frau ließ sich zunächst nicht einschüchtern und suchte mit den jungen Leuten die Diskussion. Im Gespräch mit dem 17-jährigen Rädelsführer erfuhr sie, was der Grund für den Aufmarsch war: Sie sei die Rassenschande des Dorfes, musste sich die Frau anhören – die deutsche Staatsbürgerin hat väterlicherseits afroamerikanische Wurzeln und dunkle Haut.

Konfrontiert mit der Unsinnigkeit des Vorwurfes zogen zwar die meisten Jugendlichen ab, doch knapp eine Handvoll blieb bei ihren verbalen Angriffen.

Doch dies war nicht die einzige Attacke gegen die Familie. So sei die 13-jährige Tochter von Jugendlichen mit dem Mofa verfolgt, zum anderen das Haus mit Eiern und Steinen beworfen worden. Für die Mutter ein unhaltbarer Zustand und eine massive Bedrohung. Letztlich blieb ihr nur ein Ausweg: Sie kehrte mit ihren Kindern Unterthürheim den Rücken und lebt nun in einem anderen Ort.

Anzeige hatte sie damals nicht erstattet. Wie in der örtlichen Tagespresse berichtet, hatte die zu Hilfe gerufene Polizei offenbar davon abgeraten und stattdessen angekündigt, mit dem 17-Jährigen reden zu wollen. Doch das Reden hat wohl nicht gefruchtet.

Ein an den Vorfällen in Unterthürheim beteiligter 17-Jähriger steht nun im Verdacht, an einem Angriff auf zwei junge Leute zwischen Gottmannshofen und Bliensbach beteiligt gewesen zu sein. Jetzt ermittelt die Kriminalpolizei – auch wegen der Vorfälle in Unterthürheim. Mehr Details will die Polizei noch nicht verraten.

Auch bei der Gemeinde Buttenwiesen will die Frau nach eigenen Angaben um Unterstützung gebeten haben. Doch im Rathaus erkennt man das Problem anscheinend nicht: Rassismus und Rechtsextremismus seien in der Großgemeinde nicht festzustellen, sie seien auch nicht auf dem Vormarsch, behauptet Bürgermeister Norbert Beutmüller gegenüber der StadtZeitung. Er verifiziert die Vorfälle in Unterthürheim auf eine oder zwei Personen. „Der rechte Klüngel weist hier meiner Meinung nach den gleichen Prozentsatz wie überall in Deutschland auf.“ Das soll offenbar heißen, dass es sich um einen Einzelfall gehandelt hat – doch wie viele Menschen mit dunkler Hautfarbe leben jetzt noch in Unterthürheim? Dennoch behauptet Beutmüller im Gespräch mit der StaZ, er nehme das Problem sehr ernst.

Allerdings, so muss Beutmüller einräumen, habe er mit diesem jugendlichen Kreis auch bereits persönlich Negatives erlebt. Das sei im Rahmen eines Mai-Festes gewesen, erklärt der Rathauschef.

Trotzdem beharrt Beutmüller darauf, er wolle kommunalpolitisch „keinen blinden Aktionismus“ schüren oder „Pauschal-Appelle“ verkünden. „Die Geschichte Buttenwiesens ist eigentlich Appell genug“, betont er und erinnert damit an die große jüdische Historie des Orts. Dennoch gelte es Allen klar zu machen, dass Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit hier nichts zu suchen haben. „Wir müssen wachsam sein“, sagt Beutmüller – doch manchmal muss man auch etwas tun.

Nachtrag: In dem sozialen Netzwerk Facebook zeigen sich ein paar wenige Unterthürheimer Bürger entsetzt von den Ereignissen. Sie wundern sich, warum sie in den vergangenen Jahren von den häßlichen Ereignissen in ihrem Heimatdorf nichts mitbekommen haben und haben einen Aufruf mit dem Titel „Aktion gegen Rechts“ gestartet. Sie haben Angst davor, dass Unterthürheim als Nazidorf wahrgenommen werden könnte. Derzeit zieht auch noch ein unschönes Gerücht seine Kreise. Dieses besagt, dass die alleinerziehende Mutter bei der Gemeinde vorstellig gewesen wäre und um Hilfe gebeten hätte, Bürgermeister Norbert Beutmüller sie aber an die Polizei verwiesen hätte und gesagt hätte, er könne nichts für sie tun, sie müsse Anzeige bei der Polizei erstatten. Natürlich kann der Bürgermeister keinen Personenschutz gewährleisten, dennoch hätte er im Gemeinderat und bei den Vereinen den Vorfall thematisieren können. Die StaZ wird nachhaken, ob die Gemeinderatsmitglieder Kenntnisse darüber hatten, dass die junge Frau in ihrer Mitte diese großen Ängste vor ihren Mitbürgern hatte.

Stadtzeitung Augsburg vom 01.02.2012